



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/14

Hannover, 2. Februar 49

Dr. Schumacher zum Reimann-Urteil

=====

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland, Dr. Kurt Schumacher, äußerte sich wie folgt zum Urteil gegen Max Reimann:

Jetzt hat es ein britisches Militärgericht doch fertig bekommen, den unbedeutenden kommunistischen Apparat-Mann Max Reimann für ein wenig interessant zu machen. Reimann hätte die nichtkommunistischen Politiker als Quislinge ankrakehlt und, als er gestellt wurde, einen halben Rückzieher mit vielen Wenn und Aber gemacht. Das Britische Militärgericht in Essen hat ihn jetzt zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er entgegen der ausdrücklichen Vorschrift der britischen Verordnung Nr. 8 deutsche Politiker bedroht habe, die der Militärregierung bei ihrer Verwaltungsarbeit helfen - so lautet die Formulierung eben dieses Satzes der Verordnung Nr. 8, gegen die Reimann verstoßen hat.

Es handelt sich bei dem Prozess um die Aufrechterhaltung der Autorität der Britischen Militärregierung, die Verstöße gegen ihre Vorschriften nicht dulden will. Es handelt sich aber sachlich und politisch nicht um die Wahrung der Ehre und die Sicherheit der deutschen Politiker. Wenn deutsche Politiker eine gerichtliche Hilfe brauchen können sie sich an deutsche Gerichte wenden. Hier ist nur die Tatsache festzustellen, dass Reimann wider besseres Wissen eine Ehrverminderung aller nichtkommunistischen Deutschen versucht hat. Dieser Versuch muss immer kläglich scheitern, denn die Kommunisten sind an ihrer politischen Grundeinstellung nicht anders denkende deutsche Staatsbürger - ihr Vaterland heißt Sowjetrußland, mit Deutschland haben sie nichts zu tun. Wenn jetzt die Kommunisten Empörung über dieses Urteil heucheln, dann tun sie es ohne sachliche Berechtigung und ohne sittlichen Ernst. In der deutschen Ostzone, in der die Kommunisten die Interessen der Sowjets gegen die Deutschen vertreten haben sie mit und ohne Justiz tausende von Deutschen ermordet, nur weil diese keine kommunistische Gesinnung hatten und sich der Diktatur nicht beugen wollten.

Für die Deutschen der Westzonen hat der Prozess aber eine andere Bedeutung. Wenn die von der Besatzungsmacht geforderte Gehorsamspflicht jetzt in einen Schutz für deutsche Politiker umgebogen wird, wirkt

sich das als eine Hilfestellung für die Kommunisten aus. Die kommunistische Propaganda läuft jetzt auf Hochtouren, weil dieser Prozess sie in eine unerwartet günstige Situation versetzt hat. Es ist eben doch sehr schwer, ein fremdes Land mit so komplizierten Verhältnissen zu regieren.

Die Sozialdemokraten arbeiten wie alle anderen Parteien aus sachlichen Notwendigkeiten mit den Besatzungsbehörden in Grenzen zusammen, die dem allgemeinen Empfinden nach richtig sind. Die Sozialdemokraten helfen nicht den Okkupationsbehörden, sondern dem deutschen Volk und den internationalen Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Die Sozialdemokratische Partei ist im Gegensatz zur KP keine Partei der Unterwerfung. Sie wünscht, sachliche Schwierigkeiten in gegenseitiger Loyalität zu überwinden. Die Neigung, sich zu unterwerfen, ist in den Deutschland nur den Kommunisten gegenüber der Sowjetunion eigentümlich.

Das Britische Militärregierung hat durch den Prozess und die Begründung des Urteils wider Willen den Kommunisten geholfen. Man sollte aber einsehen, dass die Formaljustiz der Okkupationsmacht nicht das wichtigste ist. Sehr viel wichtiger wäre es, wenn Militärgerichte auf solche Urteile verzichten würden, wie das gegen die Bochumer Arbeiter. Wenn die Rechtsprechung auf die Durchsetzung des militärischen Zwanges und der das notwendige Vertrauen zerstörenden Demontage verzichten würde, dann wäre das ein wahrer Schutz und eine wirksame Hilfe für alle Deutschen, die für das friedliche Zusammenarbeiten der Völker eintreten.

sp. Prof. Dr. Fritz Baade, der Leiter des Weltwirtschaftlichen Institutes in Kiel, wird sich für zwei bis drei Monate nach den USA begeben, vor allem, um mit einer Reihe von wirtschaftswissenschaftlichen Institutionen und Gewerkschaften Gespräche über einige der für Deutschland dringendsten Probleme zu führen. Eine besondere Rolle wird dabei das Demontageproblem spielen. Am Dienstag besuchte er Dr. Kurt Schumacher in Hannover.

= / =

sp. Irving Brown und Henry Rutz, der Europa-Beauftragte und der Deutschland-Beauftragte der amerikanischen Gewerkschaft AFL hatten dieser Tage im Büro des Parteivorstandes der SPD in Hannover politische Besprechungen. Es fand auch eine längere Aussprache in der Wohnung Dr. Schumachers statt. Internationale Gewerkschaftsfragen und das Ruhrstatut standen im Vordergrund.

= / =

sp. Der derzeitige Innenpolitiker des Zentralorgans der SPD, "Neuer Vorwärts", Jürgen F. Warner, wurde als Nachfolger von Dr. Guntram Prüfer zum Rundfunkreferenten beim Parteivorstand der SPD berufen. Dr. Prüfer ist in die Dienste des NWDR übergetreten. Warner, der schon als Schüler der "Sozialistischen Arbeiterjugend" angehört hat, widmete sich während seiner langjährigen journalistischen Arbeit vor allem rundfunkpolitischen Fragen.

= / =

Norwegen entscheidet sich für Europa

Von unserem Osloer K.V.-Korrespondenten

Die interskandinavische Konferenz in Oslo, Ende Januar, ist resultatlos geblieben. Eine skandinavische Lösung durch Bildung eines freistehenden Militärblocks für Schweden, Norwegen und Dänemark hat sich als unmöglich erwiesen. Norwegens eigenes Sicherheitsbedürfnis ist so auf ausserskandinavische Hilfe angewiesen, dass eine zufriedenstellende Lösung in einem ausschliesslich skandinavischen Rahmen nicht gefunden werden konnte.

Der Traum einer skandinavischen Einheit, die greifbar nahe schien, konnte auch diesmal nicht verwirklicht werden. Es ist verständlich, dass in allen drei Ländern des Nordens, die geschichtlich, geographisch, kulturell und politisch einander so nahe stehen, als erste Reaktion eine tiefe Enttäuschung eingetreten ist. Doch bleibt als Positivum, dass alle drei Länder ihre lebenswichtigsten Probleme in vollkommener Offenheit und erschöpfend wie nie zuvor erörtert und durchdacht haben. Die skandinavische Einheit konnte auf den so entscheidenden Gebieten der Verteidigung und der Aussenpolitik nicht gewonnen werden, aber das gegenseitige Versprechen, umso mehr auf allen anderen Gebieten die gemeinsamen Bande zu stärken, gibt die Gewähr dafür, dass die innere Verbundenheit erhalten bleibt.

Für Norwegen ist nach der Entscheidung in Oslo der Weg für den Anschluss an das westeuropäische Sicherheitssystem frei geworden. Gleichzeitig schliesst für Norwegen ein Abschnitt seiner Aussenpolitik in der Nachkriegszeit. Es war jene Phase, in der Norwegen, neben anderen kleinen Ländern, auf der internationalen Arena die Politik des Brückenbaus, des Ausgleichs der Gegensätze anstrebte. Noch eine Zeitlang nach dem Kriege schienen diese Bestrebungen nicht so ganz aussichtslos. Die vor bald drei Jahren erfolgte einstimmige Wahl des damaligen Aussenministers Trygve Lie zum Generalsekretär der Vereinten Nationen hatte noch einmal diese Linie der norwegischen Aussenpolitik akzentuiert. Doch in der Situation, wie sie sich in den letzten beiden Jahren entwickelt hat, verlor sie immer mehr Realitätswert. Selbst eine Zusammenfassung der Kräfte im begrenzten skandinavischen Rahmen ist heute keine genügende Sicherung mehr für das Land und keine Garantie für den Frieden.

Die überwiegende Mehrheit des norwegischen Volkes versteht voll und ganz, dass zur Zeit die Welt geteilt ist, dass die heutige internationale Situation geprägt wird vom nackten Machtkampf, vom kalten Krieg, von der ständigen Kraftprobe mit politischen und ökonomischen Mitteln; dass der Friede nicht durch machtlose Vermittlungsversuche, sondern erst dann wieder seine Chance erhält, wenn die zersplitterte Welt des Westens ökonomisch fester gefügt und verteidigungsstärker geworden ist und dem Ostblock keine Möglichkeit einer Überrumpelung geboten ist.

In Norwegen sind die letzten Jahre ein gründlicher Anschauungsunterricht gewesen. Die starken Sympathien der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit für Russland sind zerronnen. Als der politische Etatismusprozess in den der russischen Machtsphäre zugehörigen Ländern begann, als die Grossmacht im Osten in Verbindung hiermit ihr System der militärischen Bündnisse schuf, erhoben sich in Norwegen die ersten warnenden Stimmen.

Bei der Bildung der Westunion hielt sich Norwegen immer noch zweifelnd zurück. Erst vor die Wahl gestellt, sich einer nordatlantischen oder skandinavischen Verteidigungsunion anzuschliessen, wählte Norwegen den ersten Weg. Neben der Entwicklung der internationalen Situation war für Norwegen seine eigene Lage als zahlenmässig kleines, strategisch exponiertes und militärisch schwaches Land entscheidend.

Norwegens künftiger Weg, der von seiner Regierung vorgeschlagen wurde, ist von allen norwegischen Parteien einstimmig gutgeheissen worden. Es ist eine vollkommen freie Entscheidung, ohne Druck von aussen oder innen. Eine bessere Sicherung seines nationalen Bestandes und seiner demokratischen Institutionen ist nicht vorgeschlagen worden. Auch für den Weg zum Frieden gibt es heute keine andere Wahl mehr.

Wenn die Kommunisten in Norwegen die Entscheidung des Landes so darstellen, als ob 90 % des norwegischen Volkes wie im Kasperletheater an den Drähten des Dollarimperialismus in einem wilden Veitsanz des Krieges hin- und hergezerrt werden, kann man ihnen nur mit dem Dichterwort entgegenen: "Ihr gleicht dem Geist, den ihr begreift." Wenn Russland in einer aggressiven Note, die zugleich mit dem Scheitern der skandinavischen Verteidigungsunion bekanntgegeben wurde, die freie Entscheidung eines freien Landes bedroht, wird damit nur die Gewissheit in Norwegen grösser, dass der beschlossene Weg ein Weg der Sicherheit und des Friedens ist. (b/22/2/he)

Nur 590 Russlandheimkehrer

sp. Im Januar sind in die britische Zone nur 590 Russlandheimkehrer entlassen worden. Das bedeutet nach dem üblichen Durchschnitt, dass in das gesamtdeutsche Gebiet in dieser Zeit nicht mehr als 1.500 bis 2.000 Männer aus Russland entlassen worden sind. Das ist die bisher weitest niedrigste Entlassungszahl gegenüber einem Durchschnitt der letzten Monate von rd. 10.000 Mann. Nach den Berichten der Heimkehrer ist diese rückläufige Tendenz darauf zurückzuführen, dass die bisherigen Heimkehrer nach russischer Ansicht sich allzu leicht zu propagandistischen Zwecken gegen die Sowjetunion missbrauchen liessen. In Zukunft sollen deshalb, wie es heisst, nur solche Kriegsgefangenen entlassen werden, die entweder durch die Antifa-Schule gegangen sind oder die sonst die Gewähr dafür bieten, dass sie als "überzeugte Antifaschisten und Demokraten" zurückkommen.

Was will der Krenl?

Von Willy Brandt, Berlin

Das Rätselraten nach dem nicht ungeschickt argumentierenden Stalin-Interview braucht sich nicht auf die Tatsache zu beziehen, dass der Krenl an neuen Gesprächen über Berlin und Deutschland interessiert ist. Das ergab sich neben anderem auch schon aus dem Verlauf der SED-Konferenz in der vorigen Woche. Inzwischen dürfte sich der Misserfolg der Blockade Berlins bis nach Moskau herumgesprochen haben. Die westliche Gegenblockade hat die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Ostzone beträchtlich verschärft. Nyschinski soll darum in Karlsbad, allerdings ohne überwältigenden Erfolg, versucht haben, die Vertreter des Ostblocks zur Lieferung von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Lebensmitteln an die Ostzone zu veranlassen.

Die Sowjets möchten jedenfalls Zeit gewinnen. Was liegt näher als der Versuch, die zutagegetretenen Schwierigkeiten und Hemmnissen bei der Neugestaltung Westdeutschlands auszunutzen und das Bonner Programm womöglich zu torpedieren? Die "privaten" Geschäftsreisen des früheren deutschen Botschafters Nadolny und des Generalsekretärs der Ost-CDU Bertinger dürften bei diesen Bemühungen in einem gewissen Zusammenhang stehen. Warum sollte die Sowjetunion nicht auch Hoffnungen aus den verschlechterten Beziehungen zwischen den deutschen und den alliierten Mächten schöpfen und einige in alliierten Kreisen angelegnete Zweifel in der Berliner Frage zur Kenntnis genommen haben? Diese Zweifel könnten durch einen klaren Bescheid über die Stellung Berlins im westdeutschen Neuaufbau rasch aus der Welt geschafft werden. Oberbürgermeister Reuter hat in seiner Dienstag abgegebenen Erklärung mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, dass Berlin zu einem Teil der Deutschen Bundesrepublik und als 12. Land mit gleichen Rechten und Pflichten an der Neugestaltung beteiligt werden muss. In diesem Sinne wird er auch bei seinem nächstwöchigen offiziellen Besuch in London und Paris tätig sein.

Die für den 31. Januar in Aussicht genommene Einführung der Westmark in Westberlin ist nicht erfolgt und Stalin hat die Währungsfrage nicht aufs Tapet gebracht. Sie ist natürlich nicht der springende Punkt, zu dem man sie hat machen wollen. Andererseits hat Reuter festgestellt, dass die Berliner Wirtschafts- und Währungsverhältnisse nur durch Einführung der Westmark auf eine gesunde Basis gestellt werden können. In der gesamtberliner Entwicklung seit dem 5. Dezember fällt im übrigen auf, dass von sowjetischer Seite zwar eine Serie von Übergriffen erfolgt ist, nicht aber die vielfach erwartete äusserste Zuspitzung des Gegensatzes. Während zunächst die Absicht bestand, Westberlin durch Einführung der neuen ostzonalen Personalausweise am 1. Februar in ein Ghetto zu verwandeln, ist nun bekannt geworden, dass die Berliner Ausweise im Ostsektor und auch in der Ostzone weiter anerkannt werden. . 5 .

Es ist seit langem bekannt, dass Stalin auch während der Moskauer Besprechungen im vorigen Spätsommer zu Konzessionen bereit war; falls die Durchführung des Berliner Programms hinausgeschoben würde. Bei neuen Verhandlungen über die gesamtdeutsche Frage würde natürlich noch einmal versucht werden, eine russische Beteiligung an der Ruhrkontrolle zu erreichen und die wiederbelebte westdeutsche Wirtschaft für die Zwecke des Ostens einzuspannen. Es ist aber wenig wahrscheinlich, dass die Gegenseite auf solcher Grundlage zu Verhandlungen bereit sein wird.

Natürlich ist es Sache der Alliierten zu prüfen, ob für sie die Basis sinnvoller Gespräche gegeben ist. Von deutscher Seite sollte aber allen Beteiligten klar gemacht werden, worauf es gerade jetzt ankommt: keine Verzögerung des westdeutschen Stabilisierungsprogramms, demokratische Freiheit und Rechtssicherheit für die Ostzone, vollberechtigte Einbeziehung Berlins in die westdeutsche Neugestaltung als nächster Schritt zu einer gesamtdeutschen demokratischen Lösung, Ausbau der Luftbrücke bis zur vorbehaltlosen Aufhebung der völkerrechtswidrigen Blockade. (t/he/22/1/ha)

Zum Schutz der Arbeiter

SPD Rheinland-Pfalz und Militärregierung

Die Bezirksvorstände und die Landtagsfraktion der SPD in Rheinland-Pfalz nahmen in einer gemeinsamen Sitzung zu der durch die Haltung der Militärregierung entstandenen Situation in den Fragen einer wirksamen Vertretung der Arbeitnehmerschaft wie folgt Stellung:

"Die SPD in Rheinland-Pfalz nimmt mit Befremden zur Kenntnis, dass die französische Militärregierung gegen die trizonalen Vereinigungsbestrebungen der Gewerkschaft Einspruch erhoben hat, während andererseits bekannt ist, dass den Vertretern der Privatwirtschaft bei der Gestaltung ihrer Beziehungen zu den bizonalen Wirtschaftsstellen keine Schwierigkeiten bereitet werden. - Die Tatsache, dass die Militärregierung gegen das vom Landtag beschlossene Gesetz zur Aufhebung des Lohnstopps Einspruch erhoben hat, leistet jenen Kreisen Vorschub, die vor und nach der Währungsreform jede Entwicklung einer gesunden Lohn- und Preispolitik verhindert haben. Die SPD erblickt in diesen von der Militärregierung erhobenen Einsprüchen eine bedauerliche Einschränkung der natürlichen Voraussetzungen für die Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft.

Die SPD erklärt sich mit den Bemühungen solidarisch, diese Einschränkungen so bald wie möglich zu beseitigen. Sie gibt erneut der Hoffnung Ausdruck, dass die Bildung der Trizone bald zur Tatsache wird."

Um das Koalitionsrecht für die Polizeibeamten

sp. Vor 1933 war ein grosser Teil der deutschen Polizeibeamten freigewerkschaftlich im sog. "Schröder-Verband" organisiert. Die leitenden Männer dieses Verbandes wurden nach dem Machtantritt der Nazis 1933 aus ihren Stellungen entfernt und der Verband nach dem üblichen Muster aufgelöst. Die Nazis gründeten sog. "Kameradschaftsbünde", die nichts anderes als Zwangsorganisationen waren.

Nach 1945 schien die Stunde für den Neuaufbau gewerkschaftlicher Organisationen der Polizeibeamten gekommen. Während die US-Militärregierung diesen Bestrebungen keinerlei Widerstand entgegenstellte und so den Aufbau einer Fachgruppe der Gewerkschaft "Öffentliche Verwaltungen, Dienste und Verkehr" ermöglichte, hat die englische Militärregierung die gewerkschaftliche Organisation der Polizeibeamten bis heute unmöglich gemacht. Dies befremdet um so mehr, als ja bekanntlich in England, dem klassischen Land der Gewerkschaftsbewegungen, die Labour-Party regiert. Dem Polizeibeamten in der britischen Zone ist es daher nicht möglich, seine wirtschaftliche und soziale Stellung im Verein mit anderen zu verbessern. Ebenso ist ein Erfolg dieser Bestrebungen nur dann gesichert, wenn die gewerkschaftliche Organisation der Polizeibeamten sich auf alle drei Westzonen erstreckt. Heute liegen die Dinge in den Westzonen noch so, dass z.B. in dem einen Land das Mindesteinstellungsalter auf 21 Jahre und im anderen Lande auf 25 Jahre festgelegt ist. Ähnlich verhält es sich mit den Beförderungen, die in einem Falle bereits nach zwei, im anderen Falle erst nach fünf oder gar zehn Jahren ausgesprochen werden.

In Norddeutschland wird ein Polizeiwachtmeister nach einer Besoldungsvorschrift entlohnt, die im Erdgehalt nach 12 Dienstjahren erst dem Anfangsgehalt der ersten Stufe eines Polizeiwachtmeisters in Hessen entspricht. Gerade das letzte Beispiel beweist, wie das Verbot der gewerkschaftlichen Organisation der Polizeibeamten in der britischen Zone das Gehaltsniveau künstlich niedrig hält.

Die Übertragung englischer Vorstellungen auf die britische Zone - und darum handelt es sich anscheinend - würde in Deutschland dazu führen, dass eine künstliche Barrikade zwischen der grossen Masse des Volkes, zwischen den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern aller Berufe und den Polizeibeamten errichtet würde. Bleibt das Verbot aufrechterhalten, so würde das die Polizeibeamten entweder zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradieren oder, was nicht weniger gefährlich ist, bei ihnen einen Ständesinn und einen Kastengeist züchten.

Verantwortlich: Peter Raunau